

Unser Nein zum Krieg gegen den Irak

UZ-Interview mit Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

UZ: Auf Konferenzen, in Kommentaren und Stellungnahmen wird der Standpunkt vertreten, dass der Krieg gegen den Irak jetzt unvermeidbar geworden sei.

Heinz Stehr: Diese Ansicht ist darin begründet, dass die US-Regierung und ihre Verbündeten diesen Krieg wollen, ihn militär-organisatorisch vorbereitet haben und die Propaganda in den Medien die Situation darstellt, als gäbe es keine Alternative zum Krieg.

Doch gegen diese wahrscheinliche Entwicklung zum Krieg gibt es eine stärker werdende Gegenteilstendenz. Ein Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA selbst, eine zunehmende Isolation jener Kräfte, die den Krieg auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen, eröffnen einer wachsenden, weltweiten Bewegung die Möglichkeit diesen Krieg zu verhindern. Weil das so ist, kommt es jetzt darauf an, am 15. Februar in Berlin und anderswo in Deutschland wie auch in anderen europäischen Großstädten machtvolle Antikriegsdemonstrationen und Aktionen durchzuführen. Die Antikriegsbewegung muss sich in diesen Aktionen stärken, um langfristig durchzusetzen: Krieg darf kein akzeptiertes Mittel politischer Auseinandersetzung sein.

UZ: In den hoch entwickelten imperialistischen Ländern gibt es unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in der Haltung zu diesem Krieg.

Heinz Stehr: Der geplante Krieg ist umstritten - nicht nur in der Masse der Bevölkerung, sondern auch bei den Vertretern der herrschenden Klasse selbst, des transnationalen Kapitals und jener Teile des Kapitals, die regional oder national ihre ökonomischen und politischen Interessen durchsetzen wollen. Das gilt auch für die herrschende Klasse der USA. Zum Krieg treibende Kräfte sind jene Teile der Bourgeoisie, die ihre Profite in der Ölindustrie und der Rüstungswirtschaft realisieren. Die unterschiedlichen Positionen in der Bourgeoisie der imperialistischen Länder ergeben sich aus den Profiterwartungen oder aus der Erkenntnis von Gefahren für die Profiterwartung. Dass die Aktienkurse zur Zeit eher sinken signalisiert, dass Teile des Kapitals aus unterschiedlichen Gründen diesen Krieg eher ablehnen. Das schwächt die Position von Bush und Blair. Diese Erkenntnis darf nicht zu Illusionen über die reaktionäre Weltordnungsstrategie gerade des transnationalen Finanzkapitals führen. Tatsächlich sind es eher taktische Differenzen zur Antwort auf die Frage, wie die imperialistische Weltordnung durchgesetzt werden kann.

UZ: Welche Rolle spielt der Kampf um das Öl? Gibt es weitere Ursachen für die aggressive Kriegspolitik?

Heinz Stehr: Zbigniew Brzezinski nennt in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" den Zugriff auf das Öl unter den Bedingungen der Ressourcenverknappung als Ziel der Durchsetzung der Weltordnung des heutigen Imperialismus. Öl ist aus meiner Sicht der wesentliche Grund dieses Krieges. Darüber hinaus versuchen die USA, mit der Kriegsvorbereitung und Kriegspropaganda abzulenken von tiefgehenden ökonomischen Krisenprozessen in ihrem Land. Auch andere imperialistische Staaten nutzen die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden, um von inneren Problemen abzulenken.

Die Kriegsvorbereitungen verschlingen Unsummen. So makaber es ist, die US-Regierung - und nicht nur sie - versucht, mit der Rüstungsproduktion eine perverse Form von Beschäftigungsprogramm mit Antikrisenwirkung durchzusetzen. Die Rüstungslobby wird bedient.

Ein drittes Element ist, dass dieser Krieg der Durchsetzung der imperialistischen Weltordnung dient. Nach Jugoslawien und Afghanistan soll allen Völkern das Signal vermittelt werden, dass die zukünftige Ordnung in Washington in Absprache mit anderen imperialistischen Zentren bestimmt wird.

UZ: Wie ist die Haltung der Bundesregierung und Frankreichs einzuschätzen, die in der Öffentlichkeit als ein "Nein zu diesem Krieg" wahrgenommen werden?

Heinz Stehr: Das "Nein" einiger europäischer Regierungen ist keinesfalls als grundsätzliches Nein zu diesem Krieg oder zu anderen Kriegen interpretierbar. Ein sichtbarer Grund der Nein-Haltung ist eine zur US-Regierung unterschiedliche Haltung zu der Rolle, die den Vereinten Nationen bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung zugeordnet ist.

Ein zweiter Grund ist die Auffassung, der Zugang zu den Ölquellen könne mit ökonomischem und politischem Druck effektiver erreicht werden. Bei den Völkern Europas, insbesondere in Deutschland, wachsen die Ängste vor den Folgen dieses Krieges. Seine Folgen und die möglichen Auswirkungen auf die BRD werden als nicht kalkulierbar eingeschätzt.

Die Mehrheitsverhältnisse in der öffentlichen Meinung haben eindeutig Einfluss auf die Regierungsposition. In Folge davon kommt es auch zu neuen Formierungen von Befürwortern eines sofortigen Krieges und anderen Varianten der Durchsetzung imperialistischer Interessen, quer durch Partei- und Organisationsgrenzen, im konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Lager.

UZ: Wie setzt sich ein antiimperialistischer Standpunkt mit dem irakischen Regime auseinander?

Heinz Stehr: Vorrangig ist, alle Kraft einzusetzen um den Krieg zu verhindern. Die antiimperialistische Solidarität mit der Bevölkerung des Irak ist nicht nachrangig, sondern Teil dieses Einsatzes. Wir schätzen das Regime Saddam Hussein weder als antiimperialistisch noch als in irgendeiner Form fortschrittlich ein. Es ist reaktionär, verfolgt eine aggressive Politik gegen Andersdenkende im Land und gegenüber Nachbarstaaten. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten wurden Opfer des Regimes. Politische Gefangene wurden und werden gefoltert. Wir verbinden den Kampf gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges nicht mit dem Hauch einer Unterstützung dieses Regimes. Das Saddam-Hussein-Regime hat mit seinen früheren Bindungen an die USA und an imperialistische Politik zu der aktuellen Eskalation beigetragen. Die DKP unterstützt deshalb die Position der Irakischen Kommunistischen Partei, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen der Ablehnung des Krieges und der des Saddam- Regimes. Wer eine solche Position in die Nähe einer Unterstützung der Kriegspolitik setzt, verkennt, dass das Saddam- Hussein-Regime seine Existenz dem US-Imperialismus verdankt und selbst Vorwände liefert, durch Krieg den Zugriff auf Öl durchsetzen zu wollen.

UZ: Wie ist die sogenannte irakische Opposition einzuschätzen?

Heinz Stehr: Die Londoner Konferenz dieser "Opposition" kam zustande, weil die US-Regierung sie wollte, vorbereitete und finanzierte. Sie dient zur Legitimation eines Marionettenregimes und entsprach in vielem dem Vorgehen der NATO-Staaten in Jugoslawien und Afghanistan. Dabei geht es um Vorstellungen zur Wiederherstellung einer Monarchie bis hin zu US-Besatzungsregime in Zusammenarbeit mit diesen Kräften.

Teile der linken Opposition, so auch die KP des Irak, boykottierten diese Veranstaltung. Die Linke und die Friedensbewegung darf diese Aspekte der Kriegsvorbereitung nicht außer Acht lassen. Sie sind der praktische Beweis, dass es weder um Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volkes noch um Demokratie oder Menschenrechte geht.

UZ: Wie kann konkret Solidarität aussehen?

Heinz Stehr: Zunächst einmal ist heute die Formulierung eines antiimperialistischen Standpunktes, seine Publizierung und entsprechendes Handeln Ausdruck antiimperialistischer Solidarität und des Internationalismus der revolutionären Bewegung. Dazu gehören vielfältige Formen öffentlicher Aktionen und Diskussionen. Die DKP hat gegenüber der Führung der KP des Irak ihre Vorschläge erneuert (siehe UZ vom 31. 1. 03). Die DKP hat sich einer Initiative der KSCM Tschechiens angeschlossen, auch um einen gemeinsamen Standpunkt der marxistischen Linken zur Verhinderung des Irakkrieges deutlich zu machen.

Die Fragen stellte Rolf Priemer